

Ziel, das herzustellen, was ihren Vorstellungen entspricht – Spaß und Leidenschaft sind die Treiber ihres Handelns. Das gilt auch für den *ethischen* Produktionstyp. Hier kommen jedoch ethisch-ökologische und fair-soziale Kriterien hinzu. Auch der *politische* Herstellertyp handelt ethisch im Sinne sozial-ökologischer Verantwortung. Er verbindet ethische Kriterien aber zusätzlich mit politischen Zielen und Forderungen – Spaß und Leidenschaft im produktiven Sinne treten in den Hintergrund, in den Vordergrund rückt eine „Leidenschaft für das Politische“ (Detjen et al. 2012: 71), und das heißt: Allen Typen geht es um das, was Gerhard Scherhorn das „freie, nichtentfremdete, selbstbestimmte, aktive Handeln“ im Sinne eines produktiven Tuns nennt (Scherhorn 2000: 364), um die nichtentfremdete Arbeit nach Marx, die sinnbasiert ist (siehe auch Fromm 2011: 73). Dass sich damit ein „emanzipatorische[s] Potenzial“ verbindet (Scherhorn 2000: 364), zeigt sich erst bei den *ethischen* und *politischen* Handlungstypen, wobei nur der *politische* Produktionstyp politische Ziele formuliert und politische Forderungen stellt.⁵

7.2 Ergebnisse der zentralen Fragestellungen

Abschließend werden die zentralen Ergebnisse der Studie zusammengefasst. Dazu wird Bezug genommen auf die im Kapitel 6 formulierten forschungsleitenden Fragestellungen: Verstehen die Akteure sich und ihre Arbeit als politisch? Was verstehen sie dann unter Politik? Üben sie Kritik an der Gesellschaft? Wenn ja, was wird kritisiert und wie drückt sich das in ihren Handlungsstrategien aus?

7.2.1 Was sind die Grundmotive, um Dinge selbst herzustellen?

Die Beweggründe, Dinge selbst herzustellen, unterscheiden sich von Typ zu Typ. Dabei eint alle Produktionstypen das Verlangen und die Lust, etwas Eigenes zu erschaffen – für die *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* stehen die Herstellungsprozesse als solche und die Produkte im Vordergrund. Für die *ethischen* und *politischen Selbsthersteller*innen* überwiegt die Motivation, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten – es geht um die normative Perspektive der Subjektivierung (vgl. Baethge 1991), um Identifikation und Selbstwirksamkeit über Arbeit, aber auch um die Selbstdiskreditierung: Die *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* aktivieren sich dazu über die „erfüllte Arbeit im Kleinen“ (Robin 2017: 35). Ihnen genügt es bereits, etwas für sich zu (er)schaffen, was berufliche Perspektiven mit einschließt oder nach sich ziehen kann. Bei den *ethischen* und *politischen Selbsthersteller*innen* ist die Aktivierung zusätzlich „reklamierend“: Gefordert werden gesellschaftliche Lösungen, die bei den politischen Handlungstypen zusätzlich politisch dimensioniert sind. In der Gesamtheit sind Subjektivierungsprozesse damit

5 Wie bereits angemerkt, können nicht alle Produktionstypen klar einem Typ zugeordnet werden. Vielmehr sind fließende Übergänge erkennbar. Auch ließe sich argumentieren, dass bereits das Ethische das verbindende Element aller Typen ist, wenn man Ziele der Maximierung des individuellen Glücks als ethische Dimension der Individualethik heranzieht. Wie dargelegt, soll Ethik in dieser Studie aber als Form eines gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins verstanden werden (vgl. Fußnote 79 auf Seite 231), und hier zeigt sich, dass erst die *politischen Herstellertypen* alle Ebenen vereinen.

weder auf Eigenrationalisierung und Selbstökonomisierung zu reduzieren, was der Subjektivierungsdiskurs um kreative Arbeit seit Jahren voranstellt⁶, noch sind die Arbeitsformen davon freizusprechen. Vielmehr geht beides miteinander einher: Der Markt wird zum Austragungsort für gesellschaftliche Belange, ökologische Forderungen sind neue Markterfordernisse, die sich wechselseitig bedingen.

7.2.2 Welches Gesellschaftsbild haben die Akteure?

Die Mehrheit der Befragten möchte in einer Gesellschaft leben, in der freie Entfaltung und gesellschaftliche Beteiligung möglich sind. Die Akteure treten für eine Gesellschaft ein, in der die Menschen bewusster leben und Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Im Sinne der politischen Milieuforschung (vgl. Neugebauer 2007) sind die Befragten damit vorwiegend im Feld „Libertarismus“ sowie als „kritische Bürgereliten“ oder „engagiertes Bürgertum“ zu verorten (vgl. ebd.: 68ff.). Zugleich bedeutet „kritisch“ und „engagiert“ nicht, dass man über den Arbeitskontext hinaus unmittelbar politisch aktiv wird. Nur einige der *politischen* Akteure engagieren sich für soziale Gerechtigkeit im Sinne von Verteilungskonflikten und entsprechender Umverteilung über die Arbeit hinaus. Gerechtigkeit und Marktfreiheit werden somit als keine Gegensätze verstanden, wie im Modell Neugebauers vorgesehen. Sie bedingen sich wechselseitig, was dazu führt, dass sich andere Befragte neben der Arbeit nicht sonderlich engagieren (weil die Arbeit selbst als Engagement verstanden wird). Auch wird die eigene prekäre Arbeitssituation, wenn auch nicht stillschweigend, so doch mehr oder minder hingenommen. Damit existieren durchaus Parallelen zum Bereich „Prekarität“ und zu den „Leistungsindividualisten“ im Schema Neugebauers, wobei es zu kurz greift, von einer reinen Apolisierung durch eine „Emanzipation zweiter Ordnung“ (Blühdorn 2013: 148f.) oder gar einer „Entpolitisierung“ (Mouffe 2011: 3f.) zu sprechen. Auffällig ist insgesamt, dass sich keine klare Zuordnung im klassischen Rechts-Links-Schema der politischen Milieus aufzeigen lässt (vgl. Neugebauer 2007), wenn auch die Demokratie in hohem Maße befürwortet wird. Dazu werden pragmatische Lösungen vorangestellt, Ideologien werden zugunsten von „entideologisierten und pragmatischen Ansätzen“ (Blühdorn 2013: 126) zurückgewiesen – und das heißt auch, dass es bezogen auf die Nachhaltigkeitsfrage um keine allumfassende Verwirklichung der eingangs vorangestellten 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 geht (vgl. Kapitel 2). Der Fokus liegt auf zentralen Themenfeldern, die das eigene Arbeits- und Berufsfeld betreffen: Im Zentrum steht die Frage „„was gutes Leben ist und was es erfordert“ (Sommer/Welzer 2017: 115).

7.2.3 Wie organisieren Selbsthersteller*innen ihre Arbeits- und Produktionsformen?

Alle Akteure dieser Studie stellen Produkte selbst her. Zu Anfang machen sie das vorwiegend alleine, oft auch nur nebenberuflich oder ergänzend zur hauptberuflichen Tätigkeit. Die Mehrzahl der Befragten hat keine weiteren Angestellten und bei den meisten zeichnet sich auch nicht ab, in naher Zukunft welche zu haben. Insgesamt lassen sich die

⁶ Vgl. Koppetsch 2006; Huber 2012; Reckwitz 2014, 2016; Manske 2007, 2016a; Manske/Schnell 2018.

Arbeits- und Produktionsformen anhand dreier Kriterien klassifizieren: Erstens kann der Arbeitsplatz als solcher beschrieben werden, zweitens lassen sich Distributionswege analysieren, drittens kann die Einbindung in Netzwerke und andere Organisationszusammenhänge dargestellt werden. Darüber lassen sich wiederum Schlüsse zu ökologischen, fair-sozialen Produktionskonzepten und politischen Zielen ziehen.

Arbeitsplatz:

Die Arbeit wird in der Anfangsphase meist von zu Hause aus erledigt. Erst ab einem bestimmten Zeitpunkt entscheidet sich ein Teil für ein eigenständiges Büro, so etwa für einen Arbeitsplatz in einer Fabriketage, in einem Atelier oder Coworking-Space. Die meisten haben keine festen Arbeitszeiten. Sie empfinden das größtenteils aber nicht als überfordernd, vielmehr als Möglichkeit ihrer freien Zeiteinteilung.

Distributionswege:

In der Regel verkaufen die Akteure ihre Produkte direkt vor Ort und im eigenen Umfeld, zudem ziehen sie lokale Anbieter*innen und Plattformen in Betracht, die der Zielgruppe entsprechen. Darüber hinaus sind die Akteure regelmäßig auf Märkten, wo sie ihr Zielpublikum finden. Auffällig ist, dass die meisten Befragten eine starke Bindung zu ihren Kunden und Kundinnen haben, teils kennen sie diese persönlich. Oft haben die Kunden und Kundinnen auch direkten Einfluss auf die Produkte, wenn auch nicht auf die Grundidee oder das Produkt als solches, so doch auf mögliche Modifikationen, zum Beispiel auf Farben oder Formen von Kollektionen.

Einbindung in Netzwerke und Organisationszusammenhänge:

Die meisten Akteure sind in keine festen Netzwerke oder Organisationen eingebunden, vielmehr sind sie lose organisiert, mit politischen Organisationen assoziiert oder mit Branchennetzwerken verbunden. Ihre Netzwerke haben in der Regel die Funktion, dass man sich über entsprechende Produktionsformen, Verfahrensweisen und Standards austauscht. Wie aufgezeigt (siehe Punkt 7.1.3), sind nur die *politischen* Akteure in politische Netzwerke, Vereine oder Initiativen eingebunden, wenn auch oft nur sporadisch. Oft gründen sie diese auch selbst. Die Netzwerke unterliegen meist keiner formalen Satzung.

Produktionsumsetzung:

Bei der Produktion sind insgesamt drei zentrale Herangehensweisen erkennbar: Erstens ist das Selbstherstellen eine Art des Ausprobierens und das Testen eigener Ideen. Zweitens ist es eine Möglichkeit, nachhaltige Produktionsstandards umzusetzen, die auf Ökologisches oder Sozialverantwortliches verweisen. Drittens ist das Selbstherstellen ein Anstoß zum gesellschaftlichen Diskurs. Hier ist das Produkt Mittel zum Zweck. Während die erste Herangehensweise für alle Akteure charakteristisch ist, bildet letztere das Handeln der *ethischen* und *politischen* *Selbsthersteller*innen* ab.

7.2.4 Nach welchen Kriterien stellen die Akteure Produkte selbst her?

Die Kriterien des Herstellens unterscheiden sich von Typ zu Typ. Während die *produktionsorientierten Selbstersteller*innen* auf keine klaren Standards achten, stehen beim *ethischen* und *politischen* Produktionstyp ökologische und/oder fair-soziale Produktionskriterien im Vordergrund. Nicht immer werden die Kriterien nach strengen Richtlinien, so etwa nach dem Global Organic Textile Standard (GOTS), festgelegt. Wie bereits erwähnt, spielen nur wenige der 17 verfassten globalen Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 eine tragende Rolle. Streng genommen werden nur die Ziele 12, 13 und 14 verfolgt, die a.) auf nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (Ziel 12), b.) auf Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels (Ziel 13) und c.) auf den Schutz der Ozeane, Meere und Meeresressourcen (Ziel 14) abzielen. Diese Standards werden meist erst im Verlauf des Produktionsprozesses definiert und festgelegt. Nur die *politischen Selbstersteller*innen* legen die Kriterien von Beginn an fest. Auffällig ist insgesamt, dass die Standards bei den *ethischen* Herstellertypen in der Regel branchenspezifisch festgelegt werden: Es geht um Materialien, die für das Produkt charakteristisch sind.

Dabei werden vor allem diejenigen Materialien in Bezug auf die Nachhaltigkeit gewichtet – und das trifft auf nahezu alle Akteure zu –, die für das Produkt stilprägend sind: So achten die Akteure zum Beispiel in der Regel auf chemiefreie Stoffe oder einen hohen Anteil an Biobaumwolle. Auch werden recycelte Materialien oder Produkte, die recyclefähig sind, berücksichtigt. Die Einrichtung von Möbeln im Büro oder das Anschaffen von Technik zur Produktion sind davon meist ausgenommen. Auch haben bei den Materialien diejenigen Vorrang, die für das Produkt essenziell sind: Stoffe, Materialien, die zum Beispiel deutlich sichtbarer sind als andere. So haben Reißverschlüsse oder Knöpfe nicht die gleiche Gewichtung wie Wolle oder recycelte LKW-Planen, aus denen Taschen oder ähnliches hergestellt werden. Insgesamt erfolgt die Auswahl umso strenger, je branchenbezogener die Waren sind. Die Gewichtung hat letztlich auch damit zu tun, dass der Kundenkreis besonders auf die Stoffe achtet, die für das Produkt stilbildend sind. Oft gibt es auch keine oder nur wenige Alternativen, wenn etwa Reißverschlüsse oder Knöpfe nicht kompostierbar sind. Das gleiche Problem stellt sich bei der Verwendung von Technik in der Kleidung, so etwa bei LEDs. LEDs können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer recycelt werden, kompostierbar sind sie gar nicht (vgl. Gnahn 2019: 41). Diese Probleme sind den Akteuren durchaus bewusst. Sie argumentieren dann, dass man nicht auf alles achten könne und das umsetze, was man umsetzen kann.

Folge dieser Verkettung und Gewichtung ist, dass die Akteure zwar Verantwortung über die Produktion übernehmen (wollen), damit aber unterschiedliches meinen. So verstehen die *produktionsorientierten Selbstersteller*innen* bereits die Art und Weise des Herstellens als Form der Verantwortung, weil man keine Massenware herstelle und keine Mitarbeiter*innen ausbeute – was wiederum daran liegt, dass man oft keine weiteren Mitarbeiter*innen hat. Bei den *ethischen* Herstellertypen kommt eine ökologische und in Ansätzen soziale Verantwortung hinzu, und erst bei den *politischen Produktionstypen* wird Verantwortung zu einem ganzheitlichen Prinzip: Ökologische und fair-soziale Standards sollen zum gesellschaftlichen Diskurs anregen, wenn das auch nicht heißt,

dass man sich selbst gegenüber „verantwortlich“ handeln muss. Ganz im Gegenteil bleibt die eigene Beschäftigung oft prekär.

Insgesamt hat *Verantwortung* damit eine doppelte Bedeutung: Einerseits bezieht sie sich auf das große komplexe Ganze und wird ökologisiert; es geht um Veränderungen innerhalb der Ökonomie, die sich weder auf den eigenen Arbeitsplatz beschränken noch an örtlichen oder nationalen Grenzen Halt machen. Andererseits wird Verantwortung oft auf ökologische Aspekte reduziert und die soziale Verantwortung (auch gegenüber sich selbst) gerät in den Hintergrund. Diese Doppeldeutigkeit bleibt auch nicht auf Arbeit und Produktion beschränkt. Sie führt dazu, dass sich das Selbstverständnis als politischer Akteur an Kernthemen ausrichtet und an situative Gegebenheiten angepasst wird: Es geht um keine allumfassende Großtheorie oder Ideologie. In den Vordergrund tritt das Kleinteilige, das sich über Alltags- und Arbeitshandeln realisiert.

7.2.5 Welches politische Selbstverständnis haben die Akteure?

Die überwiegende Mehrheit der Befragten versteht sich und die eigene Arbeit als nicht politisch. Ein Ergebnis dieser Studie ist aber, dass die meisten das Politische mit den Parteien gleichsetzen. Folglich reduziert sich ihr Politikverständnis auf einen *engen* Politikbegriff, der das Politische an den Staat und institutionelle Strukturen bindet. Aus streng politikwissenschaftlicher Sicht ließe sich demnach argumentieren, dass selbst die *politischen* Akteure keine politischen sind. Zugleich legen die Ergebnisse nahe, dass das „Selbstverständnis als politischer Akteur“ (Niedermayer 2005: 20) weiter zu fassen ist: Es bildet sich in Distanz zur institutionellen Politik und entsprechenden Bezugssgrößen heraus. Im Folgenden wird skizziert, von welchen Einflussfaktoren das „Selbstverständnis als politischer Akteur“ abhängt. Wie im Kapitel „Selbstverständnis als politischer Akteur“ dargelegt, wird es in der empirischen Sozialforschung anhand dreier Konzepte untersucht (vgl. Massing 2012: 264; Niedermayer 2005: 20ff.): anhand des politischen Wissens, politischen Interesses und des politischen Selbstbewusstseins (politisches Kompetenzgefühl/politische Responsivität).

Politisches Wissen:

Das politische Wissen der Bürger*innen gehört in der Politikwissenschaft zum zentralen Einflussindikator für das Selbstverständnis als politischer Akteur, wenngleich es bislang „keine lange Forschungstradition mit empirischen Ergebnissen“ gibt (Niedermayer 2005: 20). In dieser Studie können allerdings kaum Aussagen zum politischen Wissen aus politikwissenschaftlicher Sicht getroffen werden, da es in den Interviews nicht detailliert abgefragt wurde bzw. werden konnte. Das lag mitunter daran, weil mit dem Thema „Politik“ besonders sensibel umgegangen werden musste. So galt es zu vermeiden, Aussagen hervorzurufen oder zu provozieren, die mehr oder minder nur dem Selbstbild entsprechen, die aber keine Interpretation darüber zulassen, was die Interviewten unter politischen Prozessen verstehen. So ließen sich zwar Aussagen in Bezug auf das politische Interesse im Gesprächsverlauf vertiefen, ohne dass die Befragten das Gefühl hatten, dass nun ein Themenbereich angesprochen wird, der nur dem Forschungsinteresse dient. Beim politischen Wissen war ein solches Vorgehen nicht möglich. Zugleich war ein kausaler Zusammenhang von politischem Interesse, politischem Selbstbewusstsein,

unternehmerischem Handeln und dem Selbstverständnis als politischer Akteur erkennbar. Diese Zusammenhänge werden im Folgenden skizziert.

Politisches Interesse:

Als ein wesentlicher Einflussfaktor für das Selbstverständnis als politischer Akteur kann in dieser Studie das politische Interesse gelten. Bei allen Akteuren, die sich als politisch verstehen oder als politisch verstanden werden können (was nicht deckungsgleich sein muss), ließ sich ein Interesse an politischen Themen und Prozessen erkennen. Was ist aber unter dem politischen Interesse zu verstehen? Wie einleitend dargelegt, unterscheidet Niedermayer dazu zwei Aspekte: a.) das „subjektive politische Interesse“ von b.) der „persönlichen Bedeutung der Politik“ (Niedermayer 2005: 20). Während ersteres das „Ausmaß an Neugier, das der Politik entgegengebracht wird“, untersucht, zielt zweiteres auf „das relative Gewicht“ ab, „das politische Angelegenheiten im Vergleich zu anderen Lebensbereichen haben“ (ebd.; siehe auch Massing 2012: 264).

Für diese Studie müssen die von Niedermayer benannten Indikatoren allerdings einer Korrektur unterzogen werden. Denn das Interesse der Befragten beschreibt nicht zwangsläufig das „Ausmaß an Neugier, das der Politik entgegengebracht wird“. Es bezieht sich mehr auf eigene Themenfelder und ein Expertenwissen, das Politsierungspotenzial hat. Gerade die *ethischen* und *politischen* Typen zeigen sich an gesellschaftlichen Themen und Prozessen interessiert, auch möchten sie Veränderungen herbeiführen (letzteres gilt wiederum insbesondere für den *politischen* Typen). Das heißt, dass ein gesellschaftspolitisches Interesse oft in Distanz zum Parteienspektrum existiert.

Deutlich wurde das in Aussagen, wenn zum Beispiel Boris Olwasko klarstellt, dass Parteien „Unsinn“ seien, im nächsten Schritt aber neue Eigentumsformen diskutiert. So sagt er, dass Eigentum verpflichten solle, um Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen, da dies in Artikel 14 der Verfassung vorgesehen sei. Daraus leitet er aber keine Forderungen an Parteien ab. Er appelliert an die Verantwortung des Einzelnen. Vergleichbares lässt sich in Bezug auf das politische Interesse sagen, also für die persönliche Bedeutung der Politik. Für die Mehrheit der Befragten hat „die Politik“ keine Bedeutung. Und das gilt selbst für diejenigen, die sich als politisch verstehen oder als politische Akteure gelten können. Insgesamt weist das Konzept des politischen Interesses in der Politikwissenschaft deutliche Schwachstellen auf, um ein übergeordnetes Interesse an politischen Prozessen über Parteiinteressen hinaus angemessen zu erfassen.

In der Gesamtheit lässt sich zum politischen Interesse sagen, dass vor allem diejenigen, die keinen Zugang zur Politik finden, aber politisch interessiert sind, „selbst“ handeln wollen. Die Ergebnisse bestätigen damit einerseits den Befund, dass ein „subjektives politisches Interesse Handlungsrelevanz besitzt, d.h. direkt zu einer größeren politischen Handlungsbereitschaft bzw. zu politischem Handeln führt“ (Massing 2012: 264). Das gilt allerdings nur dann, wenn man das Politische (und folglich das politische Interesse) auf einen weiter gefassten Politikbegriff bezieht. Ansonsten ließe sich das Gegenteil behaupten, dass ein „subjektives politisches Interesse“ zu keiner „größeren politischen Handlungsbereitschaft bzw. zu politischem Handeln führt“, weil sich politisches Handeln in dieser Studie in der Regel auf den Arbeitskontext bezieht. Als Konsequenz folgt daraus, dass das „Politische“, oder das, was als politisch von den Akteuren verstanden

wird oder als politisch gelten kann, wesentlich weiter zu fassen ist als das, was ein Großteil der politikwissenschaftlichen Forschung darunter versteht.

Politisches Selbstbewusstsein: politische Kompetenz und politische Responsivität:

Vergleichbares lässt sich für den dritten Baustein des Konzepts zum „Selbstverständnisses als politischer Akteur“ sagen, für das politische Selbstbewusstsein. Das politische Selbstbewusstsein wird in der Forschung in der Regel in Anlehnung an ein „staatsbürgerliches Selbstbewusstsein“ untersucht (Niedermayer 2005: 29ff.). Gemeint ist damit, dass zu einer „modernen Staatsbürgerrolle“ ein „staatsbürgerliches Selbstbewusstsein“ gehört. Das „staatsbürgerliche Selbstbewusstsein“ zielt in der Forschung bislang auf zwei wesentliche Dimensionen ab: auf das politische Kompetenzgefühl, auf das politische Responsivitätsgefühl. Während ersteres das Gefühl beschreibt, „politische Probleme verstehen und beurteilen sowie auf Grund der eigenen Fähigkeiten auf die Politik Einfluss nehmen und etwas bewirken zu können“ (Massing 2012: 265; vgl. Bathelt et al. 2016: 188), geht es bei der politischen Responsivität um die „Überzeugung“, dass „die politische Führungsschicht die Anliegen der Bürger ernst nimmt und in ihren Entscheidungen berücksichtigt“ (Niedermayer 2005: 31). Ergebnis dieser Studie ist, dass die politische Kompetenz im erweiterten Sinne zu verstehen ist. Die meisten Befragten haben ein geringes politisches Kompetenzgefühl, wenn man politische Kompetenz an der Fähigkeit bemisst, „auf die Politik Einfluss nehmen und etwas bewirken zu können“ (Massing 2012: 265). Auf der anderen Seite haben sie eine hohe politische Kompetenz, wenn man Kompetenz auf Ökologiefragen und entsprechende Produktionsbedingungen bezieht. Denn in diesem Bereich sind die Akteure Spezialisten. Hier wollen sie wirksam werden. Auffällig ist zudem, dass einige im Gesprächsverlauf ihre Aussagen dahingehend korrigierten, dass sie ihr Handeln anfänglich als unpolitisch verstanden haben (auch, weil sie sich als nicht politisch befähigt fühlten), später aber klarstellten, dass ihr Handeln gesellschaftspolitisch sei, weil man über Arbeit politisch in Erscheinung trete. Stellenweise haben sogar diejenigen ein geringes politisches Kompetenzgefühl (gemessen an der politischen Kompetenz im engen Sinne), die vorgeben, politisch zu sein. Das folgende Beispiel von Silke Baierhammer* vom Label *SchmattSchach** verdeutlicht diesen Problemkomplex:

„Also ich kann nicht sagen, dass ich in den letzten drei Jahren auf ner Demo war [...], das war früher mal anders. Da bin ich auf Demos gegangen und hab' mich noch ein bisschen mehr engagiert, so direkt politisch. Aber ich finde schon, vegan zu sein ist ein politisches Statement oder eine politische Handlung, die ich eigentlich jeden Tag vollführe. Oder nachhaltig zu leben. Das ist ja Kapitalismuskritik von vorn bis hinten. Also empfinde ich mich schon als politischen Menschen, aber nicht so, dass ich direkt in die Politik eingreifen würde. Aber wie greift man direkt in die Politik ein? Es sei denn man ist in einer Partei oder so [...]. Ich denke manchmal so für mich, ich würde eigentlich gerne viel mehr wissen. Ich habe auch überhaupt keine Ahnung von Politik in Deutschland oder so. Frag mich mal wie...ich kenne Angela Merkel und dann hört es auch schon auf. Ich weiß auch keine Namen, ich lese nie Tageszeitung oder höre Radio oder so.“

Deutlich wird in dieser Aussage nicht nur, dass sich Silke Baierhammer als politisch versteht. Erkennbar wird, dass sie sich für politisch inkompotent hält, wenn man politische Kompetenz an edukativem Fachwissen oder Detailkenntnissen über politische Sachver-

halte bemisst. Zugleich zeigt sich Baierhammer an gesellschaftlicher Veränderung interessiert, ist aber politisch uninformativ. Letztlich verfügt sie über ein fundiertes Wissen in Bezug auf Ökologiefragen und Produktionsverfahren, was der weitere Interviewverlauf zeigt. Über die Politik selbst ist sie so gut wie nicht informiert, würde aber gerne mehr wissen. Auf Rückfrage, warum sie sich nicht in einer Partei und/oder politischen Organisationen engagiere, sagt sie:

„Das Interesse ist auf jeden Fall da, aber ich habe dafür keine Zeit. Wann soll ich das noch machen? Da muss man ja auch zu Treffen gehen oder so.“

In dieser Aussage wird nicht nur deutlich, dass fehlendes Fachwissen über Politik den Zugang zur Politik erschwert. Das Selbstherstellen ist auch zeitaufwendig und wirkt einem politischen Engagement neben der Arbeit entgegen. Insgesamt zeigen die Aussagen im Datenmaterial, dass sich viele als „politisch“ verstehen und sich für politisch kompetent halten, wenn man den politischen Kompetenzbegriff weiter fasst. Zeitknappheit hält viele aber davon ab, sich über die Arbeit hinaus zu engagieren. Bestätigt werden kann damit, dass der Faktor „Bildung“, so wie in anderen Studien auch, keinen „wesentlichen Einfluss auf die Stärke des politischen Kompetenzgefühls“ hat (vgl. Niedermayer 2005: 34), Wissen aber die politische Kompetenz stärkt.⁷ Gerade diejenigen, die einen formalen Bildungsgrad aufweisen, eignen sich zusätzlich non-formales Wissen an, das sich im Sinne der *interpretativen Policy-Analyse* als politisches Wissen verstehen lässt.⁸ Dieses Wissen bezieht sich auf Prozesse „außerhalb formaler Gesetzgebungsprozesse und Institutionen“ (Münch 2016: V). In Bezug auf die von Hitzler/Pfadenhauer (2006) geprägte „Konsum-Kompetenz als Politisierungsmerkmal“ ließe sich demnach von einer *Produktivitäts-Kompetenz* sprechen, die, zumindest in Teilen, Politisierungspotenzial hat. Allerdings kann ein solcher Bezug zur politischen Responsivität nicht hergestellt werden, also für den zweiten Baustein im Konzept. Im Gegensatz zur politischen Kompetenz, die im erweiterten Sinne von Bedeutung ist, lassen sich zur politischen Responsivität keine verlässlichen Aussagen treffen. Wie eingangs zum „Selbstverständnis als politischer Akteur“ angeführt, beschreibt das politische Responsivitätsgefühl die „Überzeugung“ der Bürger, dass „die politische Führungsschicht die Anliegen der Bürger ernst nimmt und in ihren Entscheidungen berücksichtigt“ (Niedermayer 2005: 31). In dieser Studie hat das politische Responsivitätsgefühl – und das gilt selbst für die *politischen* Produktionstypen – keine Auswirkung auf das „politische Selbstverständnis“: Denn zum einen lässt sich aus dem Datenmaterial keine eindeutige Distanzierung gegenüber den Parteien aufgrund einer „Pauschalkritik“ (Niedermayer 2013: 56) erkennen; in Ansätzen ist das nur

⁷ Betont werden muss jedoch, dass nahezu alle Akteure ein hohes akademisches Qualifikationsniveau haben, also studiert sind, wenn auch nicht unmittelbar in dem Feld, in dem sie heute arbeiten (das heißt, die wenigsten haben Mode design studiert). Demnach kann auch keine Aussage dazu getroffen werden, wie sich ein non-formaler Bildungsgrad auf das Handeln auswirken könnte. Gleichwohl sind es gerade die formal Gebildeten in dieser Studie, die sich selbst Wissen aneignen.

⁸ Wie in Fußnote 32 auf Seite 212 dargelegt, zielt das Wissen in der *interpretativen Policy-Analyse* mit dem Verweis auf „sprachlich vermittelte und geprägte Interpretationsprozesse und Interpretationskämpfe“ auf eine „Neufassung der Inhalte“ ab (Münch 2016: 6). Allerdings hatte die *interpretative Policy-Analyse* keinen nennenswerten Einfluss auf das hier dargelegte politische Wissen im Konzept des „Selbstverständnis des politischen Akteurs“.

bei den *politischen* Typen nachweisbar. Zum anderen verspricht man sich von den Parteien nicht sonderlich viel, vielmehr ist man gewillt, gesellschaftliche Probleme selbst anzugehen (*Selbtermachen* als *Selbstherstellen*).

In der Gesamtheit bestätigen die Ergebnisse damit Befunde aus der Sozialforschung, wonach das politische Responsivitätsgefühl einen geringeren Einfluss auf das politische Selbstverständnis hat als das Kompetenzgefühl (vgl. Niedermayer 2005: 34), wenngleich sich das politische Selbstbewusstsein in dieser Studie nicht auf das direkte Verhältnis zwischen Bürger*innen und der Regierung oder der Politik zurückführen lässt. Ein direkter Zusammenhang zwischen dem Gefühl, „politische Probleme verstehen und beurteilen“ zu können und der eigenen Fähigkeiten, „auf die Politik Einfluss nehmen und etwas bewirken zu können“ (Massing 2012: 265; vgl. auch Niedermayer 2005: 30), lässt sich in dieser Studie nicht erkennen. Demnach könnte ein politisches Selbstbewusstsein erst dann entstehen, wenn das Individuum seine politische Einflussmöglichkeit auf die Politik oder die Regierung sieht – und im Umkehrschluss ließe sich ein politisches Selbstbewusstsein nicht bestimmen, wenn sich das Individuum von der Politik abwendet. Für diese Studie gilt, dass sich ein politisches Selbstbewusstsein selbst dann nachweislich zeigt, wenn sich Akteure von den Parteien lossagen, wenn auch nicht explizit von ihnen abwenden, so doch von der Politik nicht sonderlich angesprochen fühlen.

7.2.6 Handeln die Akteure politisch?

Nur wenige Akteure dieser Studie formulieren klare politische Ziele über ihr Arbeitshandeln. Auch können nur wenige als politische Akteure in Anlehnung an einen *engen* Politikbegriff gelten. Die Gründe dafür wurden bereits dargelegt. Für einen weiter gefassten Politikbegriff (und ein entsprechendes Verständnis) bedeutet das, dass sich Arbeitshandeln als politisches Handeln auf gesamtgesellschaftliche Belange und gesellschaftliche Veränderungen bezieht: Ziel der *ethischen* und *politischen Handlungstypen* ist es, Gesellschaft über Arbeit und Produktion zu verändern. Ziel ist es aber nicht, „die Zustimmung eines bzw. einer Zweiten zu erlangen“, um „seinen bzw. ihren Willen (auch) gegen das Widerstreben eines bzw. einer Dritten durchzusetzen“ (Hitzler 2001: 46) – und das gilt selbst für den *politischen* Akteur. Auch geht es um keine „Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ im Sinne eines *engen* Politikbegriffs. Vielmehr steht die Zustimmung von Dritten im Vordergrund, die auf Freiwilligkeit und Einigung basiert: *Selbstherstellen* ist kein „*herrschaftsinteressiertes Handeln*“ (Hitzler 2001: 47, H. i. O.). Es ist Arbeitshandeln als Verständigungshandeln.

Das heißt, dass sich über das *Selbstherstellen* kein agonistisches Widerstandspotenzial entfaltet, das auf dem Prinzip der Gegnerschaft basiert – was Teile der Designforschung heutigen Designakteuren in Anlehnung an Chantal Mouffe unterstellen (vgl. Kapitel 4.3.2f.). Vielmehr ist Arbeitshandeln gesellschaftliches Aushandeln im Sinne eines Habermaschen Konsens, worauf im Kapitel 8.2.4 abschließend eingegangen wird. Insgesamt konnten dazu drei Herstellertypen unterschieden werden: die *produktionsorientierten* von den *ethischen* und *politischen*. Alle eint, dass sie in hohem Maße intrinsisch motiviert sind. Nur die *politischen Selbsthersteller*innen* stellen allerdings politische Forderungen, die in der Mehrheit jedoch nicht an die Politik, sondern an andere Hersteller*innen, Konsument*innen und die Wirtschaft adressiert sind, wobei die Wirtschaft

als Hauptverursacher der gegenwärtigen Krise ausgemacht wird. Anknüpfend an bisherige Studien bewegen sich die *ethischen und politischen Selbsthersteller*innen* damit im Spannungsfeld in denen von van Deth klassifizierten Typen der politisch „Engagierten“ und den politischen „Mitmachern“ (vgl. Neller/van Deth 2006: 30ff.). Sie sind jedoch weder nur das eine noch nur das andere.⁹ Nach van Deth sind die politisch Engagierten diejenigen, die sich „sowohl politisch interessieren“ als auch „über die Wahlbeteiligung hinaus politisch aktiv sind“ (ebd.). „Politisch aktiv“ sein bezieht sich in dieser Studie allerdings, wie bereits dargelegt, auf keinen Parteien- oder Organisationskontext. Vielmehr ist die politische Aktivität losgelöst davon – und reduziert sich in der Mehrheit auf Arbeit und Produktion.¹⁰

Die Gründe dafür sind vielschichtig, sie wurden bereits beschrieben. Sie lassen sich jedoch auf zwei wesentliche reduzieren: Erstens lässt sich ein Zeitproblem konstatieren, wonach ein Großteil der Akteure angibt, aufgrund von Arbeitszeitverdichtung keine Zeit für politisches Engagement neben der Arbeit zu haben – nur die *politischen Selbsthersteller*innen* bilden hierzu eine Ausnahme. Zweitens kann ein mangelndes politisches Kompetenzgefühl ausgemacht werden (siehe dazu das letzte Kapitel). Ein Großteil der Akteure gibt an (oder lässt über Aussagen im Subtext erkennen), dass ihnen für politische Sachverhalte das nötige Wissen fehlt. Hinzu kommt, wie im letzten Kapitel dargelegt, dass ein überwiegender Teil das Politische an einen *engen* Politikbegriff bindet. Folge ist, dass viele Befragten ihre Handlungen als nicht-politisch verstehen, weil sie das Politische mit Parteienpolitik in Verbindung bringen.

Daran anknüpfend konnten zwei zentrale Politikbegriffe herausgearbeitet werden, die das Handeln der Akteure reflektieren – und woraus sich ein dritter und neuer Politikbegriff herausbilden lässt: Erstens kann in dieser Studie von *Proto-Politics* gesprochen werden, womit dasjenige Handeln gemeint ist, das auf die „Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ auf der Systemebene abzielt (Buchstein 2012: 18) – *Proto-Politics* bezieht sich auf den Staat und seine Institutionen oder auf dasjenige Handeln, das an den Staat adressiert ist. Davon lässt sich zweitens die *Subpolitik* nach Beck abgrenzen, wonach „Akteure außerhalb des politischen oder korporatistischen Systems [...] um die entstehende Gestaltungsmacht des Politischen konkurrieren“ (Beck 1993: 162, H. I. O.). *Subpolitik* ist politisches Handeln fern der staatlich institutionellen Politik. Sie kann sich

-
- 9 Van Deth skizziert dazu ein Spannungsfeld von Beteiligungstypen von politisch „Engagierten“ bis zu den „Apathischen“, dazwischen bewegen sich die „Zuschauenden“ und „Mitmacher“ (Neller/van Deth 2006: 30ff.; siehe auch van Deth/Zorell 2020). Diese vier Typen ergeben sich „aus der Kombination der Intensität des politischen Interesses und des Partizipationsverhaltens“. Nach van Deth sind die „Apathischen“ diejenigen, „die sich nicht oder kaum für Politik interessieren und nicht oder nur in Form der Beteiligung an nationalen Wahlen politisch partizipieren“. Die „Mitmacher“ sind die Typen, „die sich ebenfalls nicht oder kaum für Politik interessieren, aber über die Wahlbeteiligung hinaus weitere Formen politischer Beteiligung ausüben“. Die „Zuschauer“ wiederum sind diejenigen, „die zwar politisches Interesse haben, aber überhaupt nicht oder nur bei Wahlen politisch partizipieren“. Und die Engagierten sind „sowohl politisch interessiert als auch über die Wahlbeteiligung hinaus politisch aktiv“ (Neller/van Deth 2006: 30ff.).
 - 10 Dem wäre hinzuzufügen, wie im Kapitel 7.2.5 dargelegt, dass sich die Akteure zwar für politische Prozesse und gesellschaftliche Veränderungen interessieren, daraus aber keine politischen Engagementformen neben der Arbeit folgen müssen.

auf sämtliche Lebens- und Wirkungsbereiche beziehen – auch auf Arbeitshandeln. Allerdings weist Beck der Kategorie Arbeit keinen zentralen Platz zu. Darum wurde in dieser Studie der Begriff *Politics of Self-Production* in Anlehnung und weiterführend zu Becks Subpolitik in die Forschung eingeführt (vgl. Kapitel 6.1.6): *Politics of Self-Production* zielt auf einen *weiten* Politikbegriff ab. *Politics of Self-Production* ist Arbeitshandeln als politisches Handeln mit dem Ziel, um über Arbeit und Produktion gesellschaftliche Veränderungen zu erwirken. Dabei geht es nicht darum, wie im Falle der *Proto-Politics*, kollektiv verbindliche Entscheidungen herbeizuführen, auch wird das Handeln in der Regel nicht an die Systemebene adressiert. Die Akteure wollen die Gesellschaft über Arbeitshandeln verändern – und darüber gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Abschließend sind dazu zwei Aspekte für das Eingruppieren der *politischen* Akteure in dieser Studie hervorzuheben: Erstens lässt sich das in der Forschung existierende Problem von Intention und Wirksamkeit als Voraussetzung für politisches Handeln nur stufenweise lösen – aber nicht vollends klären. So konnte durch ergänzende teilnehmende Beobachtungen festgestellt werden, dass sich eine anfänglich als stark produktionsorientierte oder moralisch-ethische Handlungsabsicht (Intention) später als politisch wirksam erwies. Das war der Fall, wenn die Interviewten zusätzlich auf Messen oder Konferenzen besucht wurden und sich erst dort eine politische Handlungsabsicht in Gesprächen oder Vorträgen zeigte, die zuvor in den Interviews nicht erkennbar war. Zweitens bilden die Formen von politischem Handeln Übergänge ab. Das Selbstherstellen ist in den seltensten Fällen nur eine Handlungsform. Darum wird der Begriff *Politics of Self-Production* im nächsten Schritt an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft näher systematisiert. Dazu wird der Begriff einerseits an den arbeitssoziologischen Subjektivierungsdiskurs um die *normative* Subjektivierung angelehnt, andererseits wird er auf gleich mehrere Begriffe bezogen – so zum Beispiel auf Michael Burawoys Begriffsunterscheidung von *Politics in Production* und *Politics of Production* (Burawoy 1985; vgl. Scheele 2008: 71)¹¹, aber auch auf Becks *Subpolitik* (Beck 1993) und den Begriff des politischen Konsums sowie die *Life-Politics* bei Giddens (1991).

¹¹ Burawoy setzt sich, wie eingangs dargelegt, in seiner 1979 erschienenen Studie „Manufacturing Consent“ mit betrieblichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen auseinander (Burawoy 1979). Darauffolgend hat er eine dichotomische Unterteilung in *Politics in Production* und *Politics of Production* vorgenommen (Burawoy 1985; vgl. Scheele 2008: 71): *Politics in Production* ist reine betriebliche Arbeitspolitik, *Politics of Production* sind staatlich regulierte Arbeitspolitiken (vgl. Naschold 1984: 52; Scheele 2008: 71). Nach Burawoy nutzen Arbeiter*innen nicht nur eigene politische Spielräume im Betrieb zur Strukturierung des Arbeitsprozesses. Sie inkorporieren Herrschaftsverhältnisse und vollziehen darüber – wie Alexandra Scheele in Bezug auf Burawoy folgert – „unweigerlich die herrschenden Regeln“: Sie leisten „einen wesentlichen Beitrag zur Produktion des allgemeinen Konsenses“ (Scheele 2008: 71).

